



Geschäftsordnung des Universitätsrats der Universität Ulm

vom 13.01.2015

§ 1 Einladungen zu den Sitzungen

- (1) Der Vorsitzende* beruft den Universitätsrat schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung ein. Die Einladungen sowie die zur Beratung erforderlichen Unterlagen sind so rechtzeitig zu versenden, dass sie spätestens zwei Wochen vor dem Sitzungstermin bei den Mitgliedern eingehen; eine spätere Versendung ist nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig.
- (2) Der Universitätsrat ist mindestens viermal im Studienjahr einzuberufen und immer dann, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder dies verlangt.

§ 2 Tagesordnung

- (1) Anträge und die zur Beratung erforderlichen Unterlagen müssen schriftlich mindestens drei Wochen vor der Sitzung bei der Geschäftsstelle eingehen, einen konkreten Beschlussantrag und eine Begründung enthalten.
- (2) Jedes Mitglied des Universitätsrats sowie des Präsidiums kann verlangen, dass ein von ihnen bezeichneter Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird.
- (3) Der Vorsitzende erstellt die Tagesordnung. Diese wird durch den Universitätsrat genehmigt.
- (4) Eine Ergänzung der Tagesordnung zu Beginn der Sitzung bedarf der Zustimmung aller anwesenden Mitglieder.
- (5) Unter dem Punkt „Verschiedenes“ können nur Gegenstände einfacher Art, für die eine Vorbereitung der Mitglieder nicht erforderlich ist, behandelt werden.

§ 3 Verhandlungsleitung und Beschlussfassung

- (1) Der Vorsitzende eröffnet, leitet und schließt die Sitzung. Sind Vorsitzender und Stellvertreter verhindert, leitet das an Lebensjahren älteste Mitglied die Sitzung.
- (2) Der Universitätsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder und die Gleichstellungsbeauftragte ordnungsgemäß geladen sind und wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter, anwesend sind.
- (3) Der Vorsitzende kann Sachverständige zu einzelnen Beratungsgegenständen zuziehen.

* Alle Bezeichnungen gelten in gleicher Weise für Frauen und Männer.

- (4) Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Stimmenthaltungen zählen bei der Ermittlung der Mehrheit nicht mit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (5) In der Regel wird offen abgestimmt. Beschlüsse über Personalangelegenheiten erfolgen in geheimer Abstimmung, wenn ein Mitglied dies verlangt. Im Übrigen kann geheime Abstimmung beschlossen werden.
- (6) In Fällen, in denen das Landeshochschulgesetz neben der Beschlussfassung des Universitätsrats die Stellungnahme eines anderen universitären Gremiums vorsieht, fasst der Universitätsrat den entsprechenden Beschluss grundsätzlich erst nach Vorliegen der Stellungnahme.

§ 4 Antrags- und Rederecht

- (1) Antragsrecht haben nur die Mitglieder des Universitätsrats und des Präsidiums.
- (2) Anträge können nur zu einem Tagesordnungspunkt gestellt werden. Gehört ein Antrag nicht zu einem Punkt der Tagesordnung oder nicht zum Aufgabengebiet des Universitätsrats, so hat der Vorsitzende den Antrag zurückzuweisen.
- (3) Rederecht haben neben den in Abs. 1 genannten die Gleichstellungsbeauftragte, der Vertreter des Wissenschaftsministeriums und Personen, die als Sachverständige nach § 3 Abs. 3 zugezogen worden sind.

§ 5 Schriftliches Verfahren, Eilentscheidungsrecht

- (1) Der Universitätsrat berät und beschließt in der Regel in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung. Er kann auch im Wege des schriftlichen Verfahrens beschließen. In diesem Fall gilt ein Antrag als gebilligt, wenn nicht innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Absendung die Zustimmung verweigert wird; § 3 Abs. 4 gilt entsprechend. Beschlüsse im schriftlichen Verfahren sind unzulässig, wenn drei Mitglieder begründet dem schriftlichen Verfahren widersprechen. Über den Widerspruch entscheidet der Vorsitzende.
- (2) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung nicht bis zu einer Sitzung aufgeschoben oder im schriftlichen Verfahren entschieden werden kann, entscheidet der Vorsitzende nach Anhörung des Präsidenten für den Universitätsrat. Die Gründe für Anlass und Inhalt der Entscheidung sind den Mitgliedern des Universitätsrats unverzüglich mitzuteilen.

§ 6 Öffentlichkeit, Verschwiegenheitspflicht

- (1) Die Sitzungen des Universitätsrats sind nicht öffentlich mit Ausnahme der Angelegenheiten nach Absatz 2.
- (2) Die Wahl der hauptamtlichen Präsidiumsmitglieder, die Mitwirkung nach § 18 Abs. 5 LHG sowie die Erörterung des Jahresberichts des Präsidenten erfolgen in einer öffentlichen Sitzung. Der Vorsitzende kann darüber hinaus beschließen, die Hochschulöffentlichkeit zu einzelnen anderen Tagesordnungspunkten zuzulassen. Bei Störungen kann der Universitätsrat den Ausschluss der Öffentlichkeit beschließen. Im Falle einer öffentlichen Sitzung erfolgen Entscheidungen in Personalangelegenheiten abweichend von § 3 Abs. 5 immer geheim.
- (3) Die an einer Sitzung Beteiligten sind zur Verschwiegenheit über alle in nicht öffentlicher Sitzung behandelten Angelegenheiten verpflichtet. Über Ausnahmen beschließt der Vorsitzende. Die Pflicht zur Verschwiegenheit schließt auch die Geheimhaltung

der Beratungsunterlagen ein. Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit besteht auch nach Beendigung der Mitgliedschaft fort. Absatz 4 bleibt unberührt.

- (4) Sitzungstermine, Tagesordnungen, wesentliche Beschlüsse und der Rechenschaftsbericht des Universitätsrats werden in geeigneter Weise elektronisch im Intranet bekannt gegeben.

§ 7 Niederschrift

- (1) Über den wesentlichen Gang der Verhandlungen sind Niederschriften zu fertigen. Sie müssen Tag und Ort der Sitzung, die Namen der anwesenden und der abwesenden Mitglieder, die Gegenstände der Verhandlung, die Anträge, die Abstimmungs- und Wahlergebnisse und den Wortlaut der Beschlüsse enthalten. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen.
- (2) Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn nicht innerhalb von drei Wochen nach Versendung bei der Geschäftsstelle Einspruch eingelegt wird. Wird in dieser Frist Einspruch erhoben, so wird über die Genehmigung der Niederschrift über den betreffenden Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Universitätsrats auf der Grundlage eines schriftlichen Antrags auf Änderung der Niederschrift beraten.

§ 8 Wahl der hauptamtlichen Präsidiumsmitglieder

- (1) Zur Vorbereitung der Wahl eines hauptamtlichen Präsidiumsmitglieds setzt der Vorsitzende des Universitätsrats eine Findungskommission ein. Der Findungskommission gehören neben dem Vorsitzenden des Universitätsrats als Vorsitzendem der Findungskommission zwei Mitglieder des Universitätsrats und drei Mitglieder des Senats sowie beratend ein Vertreter des Wissenschaftsministeriums an.
- (2) Bei der Wahl des Kanzlers ist der Präsident als Vorsitzender des Senats Mitglied der Findungskommission.
- (3) Die Findungskommission legt dem Universitätsrat und dem Senat einen Wahlvorschlag vor, der bis zu drei Namen enthalten soll. Sie informiert dabei über ihre Tätigkeit und begründet ihren Vorschlag.
- (4) Soweit eine Vorstellung der Bewerber erfolgt, lädt der Vorsitzende des Universitätsrats die Mitglieder von Universitätsrat und Senat in gleicher Weise und gewährt ihnen ein Rederecht.

§ 9 Geschäftsstelle

Zur Unterstützung des Vorsitzenden wird beim Präsidium eine Geschäftsstelle eingerichtet.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Ulm in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 17. Juni 2008 außer Kraft.

Ulm, den 13.01.2015

gez.

(Hon.Prof. Dr. Dieter Kurz, Vorsitzender)